

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 76 (1996)
Heft: 9

Artikel: Die Türkei auf dem Weg zu einer "Zweiten Republik"
Autor: Hermann, Rainer
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-165601>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 14.01.2026

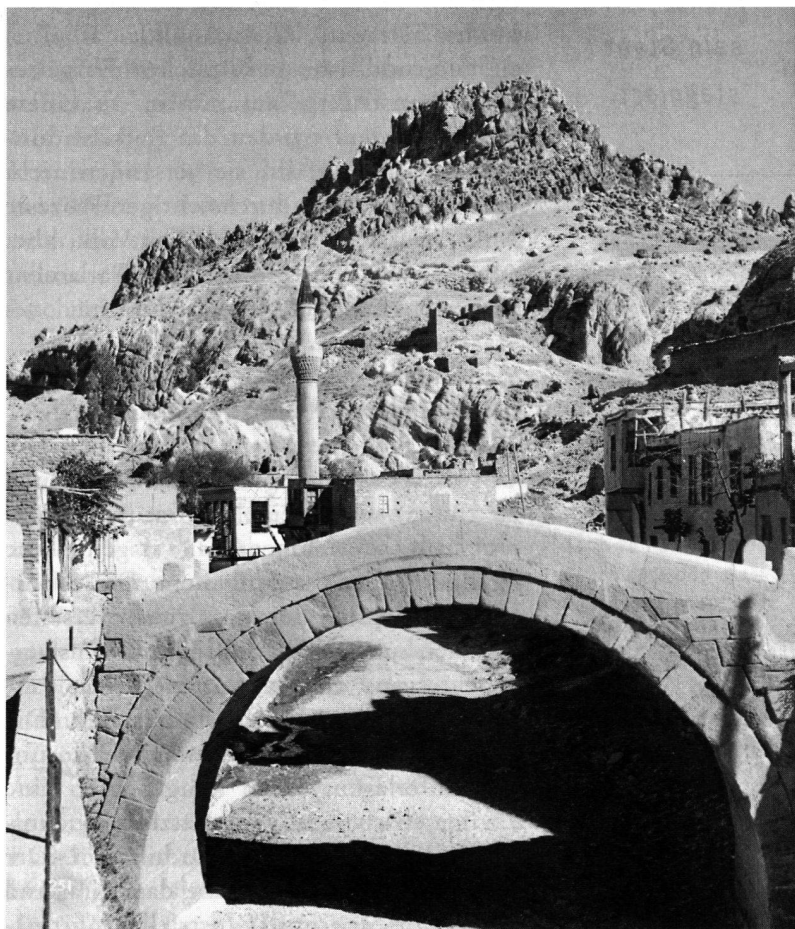
ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Rainer Hermann

DIE TÜRKEI AUF DEM WEG ZU EINER «ZWEITEN REPUBLIK»

Der laizistische Nationalstaat Atatürks steckt siebzig Jahre nach seiner Gründung in einer tiefen Krise. Unter den Kurden ist eine nationalistische Bewegung entstanden, der politische Islam ist erstarkt, die Aleviten haben ein neues Selbstbewusstsein entwickelt. Grundlegende Reformen sind erforderlich, um die Türkei in einen modernen Staat umzuwandeln.

Türkische Brückenbaukunst im Dorf Sille bei Konya. Quelle: Die Türkei, Knauer, München, Zürich 1960.



sätze heraus. Gemeinsam ist ihnen die Auflehnung gegen das «Establishment von Ankara», gemeinsam wollen sie den Spielraum der Gesellschaft gegenüber dem Staat vergrössern. Die Grenzen zwischen den drei Strömungen verwischen. Politisch am greifbarsten postuliert erstens die islamische *Refah-Partei* die «Gerechte Ordnung» (*Adil Düzen*). Noch sehr punktuell fordern zweitens bürgerliche Reformer die wirtschaftliche und politische Integration mit Europa. Am Diskurs zur «Zweiten Republik», dem dritten, überwiegend im vorpolitischen Raum diskutierten Ansatz, beteiligen sich sowohl muslimische wie bürgerliche Reformer; als Intellektuelle der 68er Generation waren sie nach dem Militärputsch von 1980 nicht selten von der Universität vertrieben worden.

Die Versöhnung mit sich selbst

«Bevor wir uns mit den Kurden und den Islamisten versöhnen können, müssen wir den Frieden mit uns selbst gefunden haben», rät *Hikmet Özdemir*, der letzte Chefberater des 1993 verstorbenen türkischen Staatspräsidenten *Turgut Özal*. Doch der Staat steht seinen Kritikern unversöhnlich gegenüber. Zu diesen gehört der Wirtschaftspräsident *Mehmet Altan*. Am 17. Januar 1991 rechnete er in seiner Kolumne in der auflagenstärksten Tageszeitung «*Sabah*» mit den Defiziten der heutigen Türkei ab und entwarf das Modell der «Zweiten Republik».

Nach Mehmet Altan¹ hat der Kemalismus seine historische Mission erfüllt: Die Nachfolger *Atatürks* haben die Ideologie des Republikgründers nicht weiterentwickelt, sein Staat stagniert. Ursache dafür sind drei Repräsentanten des Staates und dessen Tabus: Das den zivilen Institutionen übergeordnete *Militär*, die zum Fossil erstarrte zivile *Bürokratie* und linke kemalistische *Intellektuelle*. Alle sehen sich in der Nachfolge Atatürks. Zudem gründet das Selbstverständnis des Staats auf einem Bürger, der sich als *säkularer sunnitische Türke* versteht. Ausgehend von dieser Formel verknüpft Mehmet Altan die drei inneren Krisen der Türkei, lösbar sind sie nur zusammen: das Verhältnis der türkischen Mehrheit zur *kurdischen Minderheit*, das latente Misstrauen zwischen dem laizistischen Staat und den *gläubigen Muslimen*, die anhaltende *Furcht der Aleviten* vor den orthodoxen Sunniten.

Staatspräsident Özal war bis zu seinem Tod 1993 der wichtigste Motor zur Umgestaltung der Republik. Seit 1993 beschränkt sich die Diskussion über die Krise des Kemalismus und die «Zweite Republik» wieder auf den vopolitischen Raum. Sie findet nur noch in den Grossstädten im Westen des Landes, in intellektuellenkreisen statt. Zu ihrem wichtigsten Begriff wurde seit dem weltweiten Umbruch Ende der achtziger Jahre «*Değişim*», also Wende, ein häufig von Turgut Özal verwendetes Wort. Diese Wende soll unter den Staatsbürgern der Türkei einen neuen Konsens hervorbringen, der die Republik auf eine demokratische Grundlage stellt.

Zurückdrängen des Staates

Den Hebel für die Demokratisierung und für mehr Pluralismus sehen die Vertreter der «Zweiten Republik» in der Zivilgesellschaft. Um sie zu schaffen, muss die administrative und militärische Struktur des Landes geändert werden, muss der Staat seine Präsenz in der Gesellschaft und der Wirtschaft abbauen. Der Staat hat den Zentralismus zu opfern, also sich selbst zu entmachten. Er soll eine breite Privatisierung einleiten und die Autonomie der Zivilgesellschaft anerkennen. Auf wenige Gebiete hat er sich, so Hikmet Özdemir, zu beschränken: die Aussenpolitik, die Justiz, die Geld- und Steuerpolitik sowie die

¹ Altan, Mehmet: *Kapitalizm bü köye uğramadı* (Der Kapitalismus kam an diesem Dorf nicht vorbei). Istanbul (Afa Yayıncılık) 1994.

Die Nachfolger Atatürks haben die Ideologie des Republikgründers nicht weiterentwickelt, sein Staat stagniert.

Verteidigung. Das Militär darf das Land nur noch gegenüber äusseren Feinden verteidigen, abzugeben hat es seine Verantwortung für die innere Sicherheit.

Dazu wird eine neue, zivile Verfassung benötigt. Sie soll die von den Militärs 1982 eingesetzte ersetzen. Die neue Verfassung soll das Militär den zivilen Autoritäten unterstellen und die Rechtsordnung auf das Individuum ausrichten. Mit der Dezentralisierung wollen die Reformer die lokalen Institutionen stärken, etwa durch die Wahl der Provinzgouverneure (*vali*) sowie der Regional- und Stadtparlamente. Neu bestimmt werden muss das Verhältnis des Staates zur Religion. Der Staat soll sein Religionsmonopol, das er heute über das *Diyanet* ausübt, aufgeben und sich gegenüber allen Religionen neutral verhalten.

Einige Reformer plädieren für die Einführung eines Präsidialsystems nach US-amerikanischem Vorbild. Mit diesem Vorschlag reagieren sie auf die Schwäche der gegenwärtigen politischen Ordnung. Anfang der neunziger Jahre hat bereits der damalige Staatspräsident Özal auf die Stärkung des Staatsoberhauptes hingearbeitet. Hinderlich ist die «Oligarchie der Parteiführer», die ihre Gefolgschaft als «Schafherde» betrachte. Untereinander arbeiten sie aufgrund ihres persönlichen Ehrgeizes nicht konstruktiv zusammen. In einem Präsidialsystem würden die Entscheidungen schneller gefällt, sie versanden nicht im Getriebe der undurchsichtigen Prozesse Ankaras. Die Wahl durch das Volk, aber auch die Kontrolle durch das Parlament verbessern zudem die Legitimität des Staatsoberhauptes.

Der Aufbau der Gesellschaft

Um aus dem Schatten der alten Ordnung zu treten, reiche eine Verfassungsreform nicht aus, so Mehmet Altan, es gelte, eine Zivilgesellschaft aufzubauen. Diese entsteht, wenn sich der Staat zu universellen Normen zum Schutz des Individuums verpflichtet und der einzelne die Freiheit erhält, sich autonom zu organisieren. Die Gesellschaft muss dem Staat ihre Lösungen auferlegen, nicht umgekehrt. Eine Zivilgesellschaft ist grundsätzlich dynamischer als eine der alten Ordnungen. Der Sog, den sie auslöst, werde das Agrarland Türkei in eine postindustrielle Informa-

tionsgesellschaft transformieren. Im Kurdenkonflikt plädiert Mehmet Altan dafür, den Knüppel wegzulegen. Die Lösung muss an der Neudefinition des Verhältnisses des Staates zum einzelnen ansetzen, gleich, ob er Türke ist oder ob er einer Minderheit angehört. Der Staat hat die kurdische Identität zu akzeptieren, als kurdische Partei oder in der Form einer kulturellen Autonomie.

Metin Heper, ein angesehener Politologe von der Universität Bilkent (Ankara), sagt, dass die «Erste Republik» die Staatsform betont, die «Zweite» aber die Zivilgesellschaft. Die Staatsform Republik hebt Heper zufolge die Rechte von Institutionen hervor, die nicht gewählt sind, und sichert deren Einfluss auf die Politik. Diese Einrichtungen spielen bei der Lösung von Konflikten und der Herstellung eines Konsenses eine grosse Rolle. Auch in der osmanisch-türkischen Geschichte haben nichtgewählte Institutionen innerhalb des Staats eine erdrückende Macht aufgebaut. Damit haben sie die Entstehung eines Rechtsstaates ebenso erschwert wie die Einführung des Liberalismus.

Für denselben Inhalt verwenden die Diskussionsteilnehmer unterschiedliche Etiketten. Während Mehmet Altan von der «Zweiten Republik» und der Zivilgesellschaft spricht, schlägt Hikmet Özdemir² den Begriff «Vertrag von Istanbul» vor. Damit spielt er auf den osmanischen Sultan Mehmet Fatih an, der, so Özdemir, nach seiner Eroberung von Konstantinopel dort die erste Zivilgesellschaft auf türkischem Boden errichtet haben soll.

Özdemir sucht also in der Geschichte nach einer Tradition der Zivilgesellschaft. In der modernen Türkei waren per Gesetz Massenorganisationen gegründet worden, Studentenvereinigungen, Rechtsanwaltskammern und andere Gruppen mit offiziellem Status. Doch sie haben keine politische Kultur begründet. Parallel dazu gab und gibt es autonome Gruppen, wenn auch ausserhalb der offiziellen Ideologie, Gewerkschaften etwa oder religiöse Gemeinschaften. Nach Hikmet sind die religiösen Gemeinschaften, wie Orden (*tariikat*) oder Klöster (*tekke*), offene Vereinigungen. Als solche könnten sie gut mit und in einer offenen Zivilgesellschaft leben. Ferner sind sie eine tragende Säule des Systems der sozialen Sicherheit.

.....

Den Hebel
für die Demokratisierung
und für mehr Pluralismus
sehen die
Vertreter der
«Zweiten Republik»
in der
Zivilgesellschaft.

.....

Die Türkei kann auf eine Tradition der Zivilgesellschaft zurückgreifen, überwiegend leitet sie sich aus religiösen Einrichtungen ab. Bevor das Land zu einer wirklich offenen Gesellschaft wird, muss sie daher ihre islamische Geschichte akzeptieren. Aus diesem Grund plädiert der Journalist und Neo-Osmanist Cengiz Çandar dafür, dass die modernen Vereinigungen an historische Vorbilder anknüpfen sollen. Bislang hat die Republik die Möglichkeiten dieser Symbiose ausgeschlagen, lediglich hat sie Importiertes den vorhandenen Strukturen übergestülpt. Nilüfer Göle will die Zivilgesellschaft darüber hinaus dazu nutzen, die Islamisten in die Gesellschaft zu integrieren und ihr Gefahrenpotential damit zu neutralisieren. Denn die Islamisten ziehen die Integration der Gewalt so lange vor, argumentiert Göle, wie eine vertikale Mobilität Aufstiegschancen eröffnet, wie demokratische Wahlen stattfinden und wie Möglichkeiten eines Wechsels der Eliten gegeben sind.

Trotz staatlicher Einschränkungen hat sich in der Türkei in den vergangenen Jahren eine neue Kultur der Zivilgesellschaft entwickelt: Hunderte privater Fernseh- und Radiosender schossen wie Pilze aus dem Boden, ebenso Verbände, die auf Distanz zum halbstaatlichen Kammerwesen gehen. Eine Blüte erleben die Kaffeehäuser, in denen säkulare Intellektuelle Meinungen austauschen, aber auch die religiösen Gemeinschaften (*cemaat*), die aus den religiösen Orden herausgewachsen sind und sich zu sozialen und politischen Bewegungen ausgeweitet haben. Säkulare wie islamische Intellektuelle haben in der Türkei eine vielfältige Zeitschriftenkultur hervorgebracht, deren Niveau kaum ein anderes Land mit einer vergleichbaren Einkommensstruktur erreicht.

Parallel zu den säkularen Intellektuellen haben auch religiöse Denker wie Ali Bulaç und Abdurrahman Dilipak Vorstellungen zur Zivilgesellschaft entwickelt³. Ihr Vorbild für die Konsensbildung leiten sie von der «Gemeindeordnung von Medina» ab, die sie als Modell für das Zusammenleben verschiedener Gruppen sehen, auch unterschiedlicher ethnischer Herkunft. Ali Bulaç, der führende religiöse Publizist der Türkei, plädiert für ein neues Demokratieverständnis. Als Vertreter einer Gruppe, die in den ersten Jahrzehnten der Republik

2 Özdemir, Hikmet., *Tarih ve Politika (Die Geschichte und die Politik)*. Istanbul (Iz Yayıncılık) 1995.

3 Bulaç, Ali: *Din ve Modernizm (Religion und Modernismus)*. Istanbul (Iz Yayıncılık) 1992. Ders.: *Modernizm, İrtica ve Sivilleşme (Modernismus, Reaktion und Zivilisierung)*. Istanbul (Iz Yayıncılık) 1994.

unterdrückt worden war, spricht er sich für eine Ordnung aus, welche die Rechte von einem Prozent der Bevölkerung gegen die Rechte der 99 Prozent schützt. Die repräsentative Demokratie kritisiert er, da sie ihre Gesetzgebungskompetenz an Gremien abtritt, auf Kosten des Pluralismus und der direkten Partizipation.

Der Islam kennt eine derartig fremdbestimmte Gesellschaft nicht, fährt Bulaç fort. Solange die islamische Welt als Zivilgesellschaft organisiert gewesen war, ist sie in kultureller Blüte gestanden. In den Jahrhunderten bis zum islamischen Hochmittelalter hatte sich das Erziehungswesen ohne Einmischung des Staates entfaltet, war also «zivil» – ein Wort, das Bulaç stets im Sinne von staatsfrei benutzt. Erst als der Staat sich der zivilen autonomen Einrichtungen bemächtigt hat, setzte der Niedergang der islamischen Kultur ein.

Alle Kompetenzen ausser der äusseren und inneren Sicherheit hat der Staat abzutreten. «Die Armee soll nicht dem Regime dienen, sondern der Verteidigung» (Ali Bulaç). Aber auch der traditionelle Nationalstaat habe sein Lebensende erreicht, abgelöst habe ihn die Globalisierung der Wirtschaft und der Telekommunikation. Bulaç sucht nach Möglichkeiten, sich von dieser modernen Welt abzukoppeln, um sich als Muslim vor deren Auswirkungen zu schützen. Der Staat der modernen Türkei eigne sich zu diesem Vorhaben nicht, er sei ein «Zwangsstaat». Die Scharia des Osmanischen Reiches hatte indessen dem Muslim die Gelegenheit geboten, tatsächlich als Muslim zu leben. Der Herrscher habe mittels des Gewohnheitsrechts regiert, die Scharia das Volk aber vor der Willkür des Herrschers geschützt.

Der Islam lasse ausserdem die Freiheit der Religionswahl, und der Koran kenne keine weltliche Strafe für Konvertiten. Jedem stehe das Recht zu, seine Religion bzw. Gemeinschaft zu wechseln, aber selbstverständlich auch, die Dogmen des Islam zu kritisieren. Ist der Staat erst einmal in seine Schranken verwiesen, kann die Zivilgesellschaft unter Rückgriff auf das Osmanische Reich errichtet werden. Die Osmanen hatten bis zur Machtergreifung der Jungtürken zugelassen, dass zu ein und derselben Zeit unterschiedliche Rechtssysteme praktiziert worden sind: Der Herrscher regierte mittels Gewohn-

Nach der
Einschränkung
des Staates
und der
Befreiung der
Gesellschaft
zielen die
Befürworter
der «Zweiten
Republik»
auf eine
Transformation
der Wirtschaft.

4 Sever: Metin/Dizar, Cem (Hrsg.): İkinci Cumhuriyet tartışmaları (Diskussionen über die Zweite Republik. Zwanzig Interviews mit Befürwortern und Gegnern). Ankara (Başak Yayınları) 1993 – Pendik Belediyesi (Hrsg.): Türkiye ve Demokrasi (Die Türkei und die Demokratie). Kulturveröffentlichungen der Istanbul Stadtverwaltung Pendik, Istanbul 1995.

heitsrecht, die Scharia galt für die muslimische Bevölkerung, und jede nicht-islamische Religionsgemeinschaft lebte nach ihrem eigenen Recht.

Aussenpolitisch zeigt Bulaç gegenüber den USA keine Berührungängste. Die USA seien ein Vielnationenstaat wie das Osmanische Reich, ihre Politik sei pragmatisch. Für die USA und ihre protestantische Bevölkerung spreche, dass weder die Osmanen noch die Türken mit den Protestanten Probleme gehabt hätten. Das Gewicht der Türkei könne gerade dann zunehmen, wenn die USA ihr die Rolle zuwiesen, eine Ausweitung des europäischen Einflusses einzudämmen.

Recep Tayyip Erdoğan hat sich viele Ansichten seines Beraters Bulaç zu eigen gemacht. Seit dem 28. März 1994 regiert er als Oberbürgermeister über Istanbul. In der *Refah Partisi* gilt er als der wahrscheinlichste Kandidat für die Nachfolge des Vorsitzenden *Erbakan*. Auch Erdoğan sieht keine Chancen, den Staat auf seinen heutigen Grundlagen zu reformieren. Bereits die Aussage «die Türkei den Türken» sei falsch. Denn in der Türkei leben 27 ethnische Gruppen, die der Staat anzuerkennen habe. Zur Lösung der Kurdenfrage schlägt er föderale Provinzen vor, wie sie das Osmanische Reich praktiziert habe. Verfüge eine der ethnischen Gruppen über genügend Kraft zur Unabhängigkeit, dann solle ihr diese nicht verwehrt werden. Erkennen kann er diese Kraft aber nirgends. Erdoğan's Ziel ist nicht die Wiedererrichtung der islamischen Umma, sondern ein Staat, in dem Muslime, Christen und Juden in ihren eigenen Rechtssystemen leben. Im Gegensatz zu *Erbakan* bejaht er die freie Marktwirtschaft.

Die wirtschaftliche Transformation

Nach der Einschränkung des Staates und der Befreiung der Gesellschaft zielen die Befürworter der «Zweiten Republik» auf eine Transformation der Wirtschaft⁴. *Aydın Menderes* gibt einer wirklichen Demokratisierung so lange keine Chancen, wie der Staat eine Hälfte des Volkseinkommens in seinen Händen hält und massiv in die Wirtschaft interveniert. Erst wenn der verkleinerte Staat sich weitgehend aus der Wirtschaft zurückgezogen habe, verfügten die Individuen für ihre Investitionen über

zusätzliche Ressourcen. Mehmet Altan setzt etwas anders an: Die bisherige Ausrichtung auf die Landwirtschaft und deren Privilegien habe eine ausreichende Kapitalakkumulation verhindert. Nach Altan ist es erforderlich, die Agrargesellschaft zu transformieren und die Produktionsweisen zu modernisieren. Denn nur in Staaten, die marktwirtschaftlich und effizient produzieren, können sich letztlich Demokratie und Menschenrechte durchsetzen. Diese Transformation hat Konsequenzen für den türkischen Staat. Der hat die Landwirtschaft bisher auf Kosten der Industrie massiv subventioniert, weil die Agrargesellschaft nicht wie die Stadt nach Freiheiten ruft, nicht wie die Industrie nach der Unabhängigkeit von der Regierung strebt. Diese kemalistische Ideologie hatte zur Folge, dass mehr als die Hälfte der türkischen Volkswirtschaft «schwarz arbeitet»; vor allem haben sich dynamische kleine und mittelständische Betriebe abgekoppelt, sind in die Schattenwirtschaft gegangen.

Als erste konkrete Massnahme schlägt Mehmet Altan die Erweiterung der Steuerpflicht vor. Mitte der neunziger Jahre hat erst einer von vier Erwerbstätigen Steuern gezahlt. Zweitens würde die völlige Beseitigung des Importschutzes den Wettbewerb erhöhen und die in den achtziger Jahren begonnene Importliberalisierung abschliessen. Für den Verbraucher verbilligen sich die Produkte, die Industrie wird zur Rationalisierung gezwungen, in der Volkswirtschaft verbessert sich (auch als Folge der Privatisierung) die Allokation der Ressourcen. Die höhere Wettbewerbsfähigkeit führt zu einem Anstieg des Anteils der Exporte am Bruttosozialprodukt, der Mitte der neunziger Jahre noch bei unter 15 Prozent gelegen hat. Am Ende dieses wirtschaftlichen Prozesses ist die Türkei in den Weltmarkt integriert und wirtschaftlich souverän geworden, hat sie die rein politische Souveränität und den politischen Nationalismus überwunden.

Die Wirtschaftsordnung der «Zweiten Republik» ist in den internationalen Wettbewerb integriert. Ihre Akteure reagieren auf die Signale der Weltwirtschaft, die Integration drosselt die notorisch hohe Inflation, Ressourcen werden nicht mehr fehlgeleitet. Der Staat als der schwächste Teil der türkischen Wirtschaft muss sich

dem Druck des Marktes beugen und muss abspecken. Das erweitert, hier kommen Aydın Menderes und Mehmet Altan wieder zusammen, den Spielraum der Marktteilnehmer gegenüber dem unbeweglichen Staat. Die neuen wirtschaftlichen Beziehungen des Staates zu den Individuen begünstigen damit die politische Liberalisierung und den Aufbau einer dezentralen Zivilgesellschaft. Die Integration mit Europa würde die Türkei aber auch dazu zwingen, so schliesst Altan, die Standards der Demokratie zu übernehmen.

.....

*Erst eine
politisch
attraktivere
Türkei kann
zu einem
wirklichen
Nachfolgestaat
des
Osmanischen
Reiches
werden.*

.....

Geänderte aussenpolitische Rahmenbedingungen

Die «Zweite Republik» greift auch bei der Formulierung einer neuen aussenpolitischen Konzeption auf das Vorbild des Osmanischen Reichs zurück. Die internationalen Beziehungen, in welche die Türkei eingebunden ist, waren in den vergangenen zehn Jahren rasanten wirtschaftlichen und politischen Veränderungen unterworfen. *Cengiz Çandar* sieht die beste Gelegenheit, sich als Regionalmacht zu empfehlen, in der Übernahme von Verantwortung bei der Sicherung der internationalen Handelswege.

Nach dem Zerfall der UdSSR, der ihr neue Chancen eröffnet hat, kann die Türkei selbst die Initiative ergreifen. Zunächst falle ihr für das Dreieck zwischen Zentralasien, dem Balkan sowie dem islamischen Nahen und Mittleren Osten eine geopolitische Schlüsselrolle zu. Ob sie diese ausspielen kann, bestimme ihre wirtschaftliche Kraft, nicht ihre kaum erkennbare Aussenpolitik. Zum Trumpf der türkischen Wirtschaft sind ihre flexiblen privaten Unternehmer geworden, deren Aktionsradius die Reformen Özals beträchtlich erweitert haben; heute sind viele von ihnen mit grossem Erfolg in den GUS-Staaten tätig. Mit dem Zerfall der UdSSR erstand das osmanische Hinterland wieder, «*Erinnerungen an eine grosse Familie*» holen Ali Bulaç ein.

Çandar sieht zwei Chancen der aussenpolitischen Orientierung: Erstens liegt die Türkei entlang grosser Handelswege, dadurch könne sie ihren Anteil am Welthandel aufstocken. Zweitens befinden sich die Balkanstaaten auf der Suche nach einer neuen Identität. Laut Çandar schränkt die

alte Politik die Wahrnehmung der neuen Chancen so lange ein, wie sie sich an die Grenzen des Atatürkschen «Nationalpakts» klammere. Hinderlich seien ferner die etatistische Wirtschaft und der zentralistische Staat. Damit die Türkei ihre historischen Chancen ergreifen kann, müssen in ihr die Marktwirtschaft verankert sein, ein kultureller und ethnischer Pluralismus sowie die Menschenrechte. Den Kurden der Türkei schlägt Çandar kulturelle Autonomie vor und den in Demokratien üblichen Minderheitenschutz.

Erst eine politisch attraktivere Türkei kann zu einem wirklichen Nachfolgestaat des Osmanischen Reiches werden. Dabei müsste die aussenpolitische Enthaltsamkeit nach dem Motto Atatürks «Friede daheim, Friede in der Welt» (*Yurtta sulh, cihanda sulh*) abgeschüttelt werden. Die Türkei könne zum Zentrum der Turkvölker aufsteigen; denkbar ist für ihn eine Zusammenarbeit, die bis zur Konföderation oder gar Föderation reicht. Vorstellen kann er sich auch konföderale oder quasi-konföderale Strukturen mit dem Norden Iraks.

Die Türkei soll also zu einer «imperialen Vision» zurückfinden. Das geschieht in einer Zeit, in der Russland die Doktrin vom «Nahen Ausland» entworfen hat. Diese Doktrin weist Russland in den Gebieten der ehemaligen UdSSR eine Sonderrolle zu, ein türkischer Neo-Osmanismus muss zwangsläufig mit ihr in Konflikt geraten. Die traditionelle türkisch-russische Konfrontation könnte erneut entflammen.

Ali Bulaç ist unwohl bei dem Gedanken, das Osmanische Reich, an dessen Spitze der Sultankalif stand, heute für säkulare Zwecke anzurufen. Für ihn war das Osmanische Reich ein europäisches und kein asiatisches. Deshalb lehnt er die Formulierung Özals von «den Türken von der Adria bis zur Chinesischen Mauer» ab. Andererseits kann er sich eine regionale Zusammenarbeit mit Iran und Ägypten vorstellen, über ersteres hätten die Osmanen aber nicht geherrscht. Einer pantürkischen Orientierung kann auch der linksliberale *Mete Tuncay* nichts abgewinnen. Die Idee übersteige schlicht die wirtschaftlichen Möglichkeiten der Türkei und lasse ausser acht, dass die Türken Anatoliens und Zen-

tralasiens seit über 900 Jahren getrennt leben. Aber auch er denkt laut über die Wiederbelebung des osmanischen Gedankens nach, etwa in der Form einer losen Föderation. Sie könnte zwischen den demokratischen und freiheitlichen Staaten der Region entstehen.

Warten auf eine neue Generation

Noch sind mit Forderungen nach Reformen im Sinne der «Zweiten Republik» keine Wahlen zu gewinnen, auch wenn das Lager der Unzufriedenen wächst. Änderungen wollen heute vor allem vier Gruppen der Bevölkerung: das Bürgertum der Städte, das sich eingeschränkt fühlt von der Macht der militärisch-zivilen Bürokratie; die Kurden, die in der offiziellen Ideologie nicht vorkommen und politischem wie militärischem Druck ausgesetzt sind; die Muslime und die Bewohner der Gecekondus, der Armensiedlungen um die Grossstädte, die marginalisiert sind und zu einem grossen Teil zur religiösen *Refah Partisi* gestossen sind.

Cengiz Çandar äussert sich aber pessimistisch zu den Perspektiven einer Wende vor dem Jahr 2000. Der frühe Tod Özals habe für die Reformer einen herben Schlag bedeutet, gegenwärtig durchlaufe die Türkei die Phase eines Interregnums. Erst eine Partei vertritt prinzipiell die neuen Ideen, ohne allerdings das Wort «Zweite Republik» zu verwenden: die «Neue Demokratie-Bewegung» (*Yeni Demokrasi Hareketi*, YDH). Mit ihrem Programm und ihrem jugendlichen Vorsitzenden *Cem Boyner* hat sie sich insbesondere unter der akademischen Jugend der Grossstädte einen beträchtlichen Anhang verschafft. Boyner ist Inhaber der erfolgreichen Textilholding Altınyıldız, bereits Ende der achtziger Jahre war er, noch keine 35 Jahre alt, als Präsident des Unternehmerverbandes Tüsiad landesweit bekannt geworden.

Nicht die politische und bürokratische Elite ruft nach Änderungen, die Initiative liegt ausserhalb des Staates, bei säkularen und religiösen Intellektuellen. Erst wenn sich die Türkei im Innern erneuert hat, kann sie die Möglichkeiten, die sich ihr bieten, wahrnehmen und eine moderne Nation werden. ♦

.....

Damit die
Türkei ihre
historischen
Chancen
ergreifen kann,
müssen in
ihr die
Marktwirtschaft,
ein ethnischer
und kultureller
Pluralismus
sowie die
Menschenrechte
verankert sein.

.....